



Netzwerk Newsletter

Widerstand gegen die Angriffe der Merz-Regierung...

JETZT!

Von Magda Majeed, Ko-Kreis

Das DGB-Motto zum Tag der Arbeit lautete dieses Jahr: „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“. Doch angesichts der massiven geplanten Angriffe gegen die Arbeiter*innenklasse sagen wir: Ran an die Profite! Anstatt Milliarden in Rüstung zu stecken, brauchen wir Milliarden für Gesundheit, Soziales, Bildung und höhere Löhne, finanziert aus Profiten der Konzerne und Vermögen der oberen 10 Prozent.

Kürzungsorgie im Gesundheitssystem

Während Milliarden in die Aufrüstung fließen, wird im sozialen Bereich der Rotstift angesetzt. Besonders deutlich zeigt sich dies an der geplanten Krankenkassenreform von Ministerin Nina Warken (CDU). Diese sieht allein in der gesetzlichen Krankenversicherung Einsparungen von 20 Milliarden Euro vor, was von der Gewerkschaft ver.di als „Kürzungsorgie“ auf Kosten der Patient*innen und Beschäftigten scharf kritisiert wird.

Konkret drohen massive Einschnitte: Das Pflegebudget soll gedeckelt werden, was bedeutet, dass Ausgaben für Personal künftig nur noch im Rahmen der Einnahmen steigen dürfen – ein direkter Angriff auf die Arbeitsbedingungen und die Versorgungsqualität. Diese Reform ist kein Fortschritt, sondern ein Angriff auf uns alle. Und das ist erst der Anfang: Weitere Angriffe sind geplant, auf Renten, Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. Das ist Klassenkampf von oben!

Widerstand nötig

Die Antwort kann nicht sein, sich um die Profite und Vermögen der Bosse zu sorgen, sondern jetzt zu kämpfen, um die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen. Kolleg*innen in anderen Ländern haben

es vorgemacht: Im letzten und diesen Jahr gab es landesweite Streiks und Generalstreiks unter anderem in Italien, Portugal, Belgien und Griechenland. Auch in Deutschland werden Massenmobilisierungen und Streiks nötig sein, um die kommenden Angriffe abzuwehren.

Nötig ist eine unmittelbare Kampagne in den Betrieben und auf der Straße: Betriebsversammlungen und gewerkschaftsübergreifende lokale, regionale und eine bundesweite Aktionskonferenz zur unmittelbaren Vorbereitung einer bundesweiten Großdemonstration und von Arbeitsniederlegungen bis hin zum politischen Streik.

Dafür sollten wir ab jetzt in unseren Betriebsgruppen, ver.di Gremien und auf Versammlungen Diskussionen argumentieren. Wir, das Netzwerk, haben dazu eine Musterresolution sowie eine Unterschriftenliste.

Tarifrunde Vivantes: Ohne uns geht nichts! Streik bei Vivantes in Berlin

Die Beschäftigten der Servicebereiche sind im größten Berliner Klinikum, Vivantes, in Tochterunternehmen ausgegliedert. Die Folge: Die Beschäftigten verdienen hunderte Euro weniger als im TVöD. Mit mehr als 98 Prozent stimmten die ver.di-Mitglieder für einen Erzwingungsstreik mit der Forderung nach „100 Prozent TVöD für alle Beschäftigten“.

Vivantes gehört zu 100 Prozent dem Land Berlin. Eine Regierung nach der anderen hat versprochen, die Töchter bei Vivantes und der Charité wieder einzugliedern. Nichts ist passiert. Die Kolleg*innen müssen mit aller Kraft unterstützt werden. Nötig ist eine systematische Solidaritätskampagne durch ver.di und den DGB-Gewerkschaften, um den Tarifkampf zum Erfolg zu machen. **Ein Soli-Bündnis sammelt Spenden für die Streikkasse, die dringend gebraucht werden, damit die Streikenden durchhalten.**



Kontakt:
info@netzwerk-verdi.de
Website:
netzwerk-verdi.de
Instagram:
@netzwerk.verdi



CFM – Arbeitnehmer*innenkämpfe lohnen sich doch!

Von Sascha Kraft, Berlin

Die Charité Facility Management GmbH (CFM) ist wieder einen Schritt näher an den TVöD herangerückt und schreibt ein weiteres Kapitel der „unendlichen Geschichte“ der CFM. 2025 haben es die streikenden CFM-Beschäftigten nach 48 Tagen eines unbestimmten Streiks geschafft, dass die Entgelttabellen bis 2030 zu 100 Prozent an den TVöD angeglichen werden. Das ist nur durch viel Öffentlichkeitsarbeit und in Verbindung mit Tarifikämpfen möglich. Durch die Tarifbewegungen wurden auch viele neue Mitstreiter*innen für das Grundsatzmotto „Gleiche Arbeit = Gleicher Lohn“ gewonnen.

Aus dieser Streikbewegung und Organisation sind ca. 140 Kandidat*innen hervorgegangen, die sich organisiert haben und zur Betriebsratswahl 2026 in der CFM angetreten sind. Es ist ein starkes Signal der Belegschaft, dass drei campusbezogene, starke Gewerkschaftslisten kandidiert haben. In der 20-jährigen Geschichte der CFM gab es noch nie 19 ver.di-Sitze im Betriebsrat (von insgesamt 23 Mitgliedern). Damit hat der neu gewählte Betriebsrat eine Dreiviertelmehrheit, die es braucht, um Beschlüsse durchzusetzen.

Die Beschäftigten werden den Berliner Senat und die politisch Verantwortlichen bis zum 19.09.2026 nicht aus der Verantwortung entlassen, denn bis dahin hat dieser schwarz-rote Senat noch die Möglichkeit, die Rückführung der Töchter von CFM und Vivantes gemäß Beschlusslage des Abgeordnetenhauses umzusetzen. Es bleibt also weiter spannend bei den Berliner Krankenhaus-Töchtern.



Kassel: Kürzen? Nicht mit uns! ver.di-Vernetzung gegen soziale Angriffe in Nordhessen gegründet

Von Sebastian Förster, Kassel

Bereits im letzten Jahr gab es in den Bereichen Bildung und Soziale Arbeit in Kassel etliche Proteste gegen Kürzungen. Aktuell wurde ein internes Arbeitspapier von Bund, Ländern und Kommunen geleakt, das drastische Einschnitte bei Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen diskutiert. Umso mehr gilt es, Proteste vorzubereiten. In Nordhessen wurde hierzu ein beispielhafter Aufschlag gemacht.

Auf Initiative von drei ver.di-Betriebsgruppen hat sich eine Vernetzung von Vertrauensleuten und ver.di-Aktiven gegründet. Das Netzwerk wird mittlerweile auch von der ver.di-Jugend, dem Fachbereich C Nordhessen sowie Mitgliedern der GEW, der IG Metall und der Linken unterstützt. Die monatlichen Treffen sind gut besucht. Die Kolleg*innen fordern eine kämpferischere Gewerkschaftspolitik vor dem Hintergrund drohender historischer Angriffe.

Gemeinsame Initiativen

Auf zwei überbetrieblichen Mitgliederversammlungen wurden Anträge für eine systematische Kampagne von ver.di und DGB bis hin zu politischen Streiks einstimmig angenommen. Mit Anderen zusammen fordern wir eine Konferenz des DGB Nordhessen zur Frage von Aufrüstung und Militarisierung. Weitere Pläne sind eine gemeinsame Demo am 20. Juni zusammen mit dem ver.di-Bezirk Nordhessen gegen Sozialkassenschlag sowie mehr Social-Media-Arbeit.

Organisationswahlen + Anträge

Angesichts von Aufrüstung, Sozialabbau und Angriffen auf Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung wollen wir im Rahmen der ver.di-Organisationswahlen folgende Anträge an möglichst vielen Stellen einbringen:

„Rüstung runter, Löhne & Soziales rauf - Gegen Militarisierung, Aufrüstung & Kriegsertüchtigung“

„Politischen Streik auf die gewerkschaftliche Agenda setzen“

„Aufnahme eines Grundsatzes zur Begrenzung der Laufzeit von Tarifverträgen in die Tarifgrundsätze“

(Ziel: eine maximale Laufzeit von 12 Monaten festzulegen)

Nutzt sie gerne als Diskussionsgrundlage und bringt sie in euren Gremien ein! Sobald ihr sie verabschiedet habt, schickt sie uns zur Veröffentlichung auf unserer Website zu.

Die Anträge findet ihr über diesen QR-Code:





Militarisierung und Krise

Nur eine kämpferische Gewerkschaft kann uns retten!

Von Georg Pleck, Potsdam

Der Kapitalismus steckt weltweit in der Krise. Der Kampf um Absatzmärkte, billige Rohstoffe und Arbeitskräfte sowie um Investitionsmöglichkeiten spitzt sich zu. Als Reaktion darauf versuchen die führenden kapitalistischen Staaten, ihren Einfluss durch militärische Stärke und Interventionen zu sichern.

Deutscher Kapitalismus im Niedergang

Der Vorsprung, den Deutschland durch technologische Entwicklung und eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiter*innenklasse im Zuge der Agenda 2010 erreicht hatte, ist aufgebraucht. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Vergleich zu anderen Nationen in einem relativen Niedergang. Die Folgen sind weniger Investitionen, Stellenabbau, Werksschließungen. Vor diesem Hintergrund werden stattdessen auch Angriffe auf das Streikrecht sowie mit der Vorbereitung militärischer Interventionen vorbereitet. Anstatt sich dem anzupassen, braucht es Widerstand mit der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus - der Ursache für Krisen und Kriege.

Aufrüstung, Kürzungen, Prekarisierung

Die angestrebte „Kriegstüchtigkeit“ geht mit einem beispiellosen Aufrüstungsprogramm einher. Die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht, gegen die zehntausende Schüler*innen streiken, ist ein zentraler Teil davon. Ziel des deutschen Kapitalismus ist es, weltweit dort militärisch zu intervenieren, wo seine Wirtschaftsinteressen gefährdet sind. Während die Aufrüstung zunächst Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie schafft, werden viel mehr andere Arbeitsplätze vernichtet und führt sie gleichzeitig zum Ab-

bau des Sozialstaates.

Sozialpartnerschaft und SPD

Die Gewerkschaftsspitze versucht, ihre Rolle in der Sozialpartnerschaft mit der Regierung auszuführen. Der DGB-Bundeskongress am 10. Mai trägt das Motto „Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit“ – ein Titel, der eine Zustimmung zum Regierungskurs nicht ausschließt. Die Gewerkschaftsbürokratie bleibt eng mit der SPD-Führung verzahnt. Diese vertritt aber die Interessen des Kapitals und wirkt gegen die Interessen der Arbeiter*innenklasse.

Widerstand baut sich auf

Bereits jetzt wehrt sich die junge Generation gegen die Kriegspläne. Rund 50.000 Schüler*innen auf den Straßen sowie der geplante Schulstreik am 8. Mai zeigen, dass die Kriegspropaganda des Staates noch nicht in den Köpfen verankert ist. Auch aus Teilen der Gewerkschaften regt sich Widerstand: Arbeiter*innen von Ford, VW und ZF sprechen sich gegen die Umstellung auf Rüstungsproduktion aus, unser Netzwerk in ver.di und die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) rufen zu internationaler Solidarität statt Kriegspolitik auf.

Kämpferische Vernetzung aufbauen

Umso wichtiger ist es, kämpferische Vernetzungen und eine oppositionelle Arbeit innerhalb der Gewerkschaften gegen das Co-Management auszubauen. Ziel muss es sein, demokratische Strukturen zu stärken, die langfristig einen Wechsel der Führung ermöglichen. Die Gewerkschaften müssen sich von pro-kapitalistischen Parteien wie der SPD lösen. Nur so kann der Weg geebnet werden, um nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, sondern

Tarifrunden: Forderungen voll durchsetzen!

Auch im Frühjahr führt ver.di große Tarifrunden, etwa bei der Telekom und im Handel. Im Nahverkehr gehen die Auseinandersetzungen ebenfalls weiter. Angesichts steigender Preise sind die derzeitigen Forderungen von 7 Prozent (Handel) bzw. 6,6 Prozent (Telekom) fast schon zu bescheiden. Um Reallohnverluste zu verhindern, müssen diese Forderungen bei einer maximal 12-monatigen Laufzeit als Minimum durchgesetzt werden. Lange Laufzeiten führen zu schleichenden Verlusten und schwächen den Aktivitätsgrad der Mitglieder durch lange Friedenspflichten.

Gemeinsam auf die Straße

Um Erfolge zu erzielen, ist mehr nötig als vereinzelte Warnstreiks; die Beschäftigten sollten auf Erzwingungsstreiks vorbereitet werden. ver.di soll-



te vermehrt zu gemeinsamen Streikkundgebungen verschiedener Bereiche aufrufen, um Stärke zu zeigen. Die Tarifkämpfe sollten zudem explizit mit den Mobilisierungen gegen die Kürzungs- und Sozialreformen der Bundesregierung verknüpft werden.

Demokratische Streikführung

Wichtig ist vor allem, dass die streikenden Kolleg*innen selbst über Angebote diskutieren und über deren Annahme oder Ablehnung entscheiden, bevor ein Streik beendet wird. Das Netzwerk setzt sich für tägliche Streikversammlungen vor Ort und Streikdelegiertenkonferenzen auf lokaler, Landes- und Bundesebene ein, die über alle wichtigen Fragen entscheiden, wie Annahme oder Ablehnung von Angeboten sowie die Streikstrategie.

Wer wir sind: Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

Wir sind aktive Gewerkschafter*innen, die für eine starke und demokratische ver.di streiten. Angesichts sinkender Lebensstandards und Personalmangel fordern wir einen Kurswechsel: Weg von der Sozialpartnerschaft, hin zu einer klaren Klassenorientierung.

Unsere Vision: Streikdemokratie statt Hinterzimmerpolitik

Volle Transparenz: Einbeziehung der Streikenden in alle Phasen der Verhandlung.

Mitbestimmung: Keine Abschlüsse ohne vorherige Entscheidung durch die Mitglieder.

Glaubwürdigkeit: Funktionär*innen sollten ein Gehalt auf dem Niveau durchschnittlicher Facharbeiter*innen beziehen und jederzeit abwählbar sein

Kernforderungen für Arbeit & Leben

Arbeitszeit & Lohn: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich; gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Soziale Sicherung: Abschlagsfreie Rente mit 60; repressionsfreies Arbeitslosengeld; deutlich höherer Mindestlohn.

Streikrecht: Verteidigung und Ausbau des Rechts auf politischen Streik.

Gesellschaftlicher Gegenentwurf

Daseinsvorsorge stärken: Milliarden für Gesundheit, Bildung und ÖPNV statt für Aufrüstung.

Re-Kommunalisierung: Krankenhäuser, Verkehr und Energie gehören in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle.

Finanzierung: Massive Besteuerung großer Vermögen und Konzerngewinne.

Mach mit: Schließ dich unserer Vernetzung an und kämpfe mit uns für eine demokratische, kampfstärke Gewerkschaft!



